

Medienmitteilung

Thema	Rechnung 2012
Für Rückfragen	Michael Köpfli, Fraktionspräsident, Tel. +41 79 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. März 2013

Defizitäre Rechnung 2012 zeigt die Wichtigkeit der Eigenkapitalbildung

Die defizitäre Rechnung 2012 und die düsteren Aussichten in den kommenden Jahren zeigen, wie angespannt die finanzielle Lage der Stadt Bern ist. Als zusätzliche Herausforderungen werden sich in den kommenden Jahren die Sanierung der städtischen Pensionskasse und die Sparmassnahmen des Kantons erweisen. Die Grünliberalen bestehen darauf, dass die Stadt Bern neue Aufgaben künftig ausschliesslich dann übernimmt, wenn in anderen Bereichen des städtischen Budgets Sparmassnahmen im gleichen Ausmass beschlossen werden. Die Eigenkapitalbildung darf auch in dieser finanziell schwierigen Zeit nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden, bezüglich des Zeitplans sind die Grünliberalen aber kompromissbereit. Gerade die vorliegende Jahresrechnung zeigt exemplarisch, wie wichtig Eigenkapital ist: Ohne Eigenkapitaldecke reicht ein einziges Jahr mit unvorhergesehen Mehrkosten, um wieder neue Bilanzfehlbeträge anzuhäufen.

Wie es aufgrund des Bundesgerichtsentscheids zu den Litteringgebühren zu erwarten war, schrieb die Stadt Bern 2012 ein empfindliches Defizit. Nur dank dem Verkauf der InoTex AG beträgt das Defizit rund 8 und nicht über 20 Millionen Franken. Die Aussagen des Gemeinderates, dass für ein ausgeglichenes Budget 2014 weitere Globalkürzungen von 11,9 Millionen Franken notwendig seien und der Umstand, dass gemäss aktuellen Planzahlen in den Jahren 2015 – 2017 ein jährliches Defizit von über 20 Millionen Franken entstehen würde, zeigt, wie angespannt die finanzielle Situation der Stadt Bern ist. Ohne weitere Sparmassnahmen wird das bescheidene Eigenkapital der Stadt innert weniger Jahre Geschichte sein.

Als zusätzliche Herausforderungen werden sich in den kommenden Jahren die Sanierung der städtischen Pensionskasse und die Sparmassnahmen des Kantons erweisen. Falls der Kanton an diesen Sparmassnahmen festhält oder gar weitere beschliesst, darf die Stadt aus Sicht der Grünliberalen nicht überall einspringen. Einerseits wäre dies ein falsches Signal an den Kanton, noch stärker auf Kosten der Stadt zu sparen, andererseits kann sich die Stadt Bern diese zusätzlichen Ausgaben schlicht nicht leisten. Dennoch werden sich die Grünliberalen der Diskussion nicht verweigern, ob Teile der vom Kanton weggesparten Aufgaben von der Stadt übernommen werden sollen. Die Grünliberalen bestehen aber darauf, dass es in dem Fall in anderen Bereichen des städtischen Budgets Sparmassnahmen in gleicher Höhe braucht. Die Grünliberalen werden im Rahmen der Debatte über den „Integrierten Aufgaben- und Finanzplan“ (IAFP) konkrete Vorschläge einbringen.

Eigenkapitalbildung muss ein zentrales Ziel der Finanzpolitik bleiben

Eine vom Stadtrat überwiesene und vom Gemeinderat unterstützte Planungserklärung der Grünliberalen verlangt, dass in der Periode 2012 – 2015 im Durchschnitt pro Jahr mindestens 10 Millionen Franken neues Eigenkapital geschaffen werden muss. Dass der Gemeinderat nun ein weiteres Jahr auf eine Eigenkapitalbildung verzichten möchte und in den Jahren 2015 – 2017 nur eine Eigenkapitalbildung von 5 Millionen Franken anstrebt, ist unerfreulich. Weil die Sparmassnahmen des Kantons die Stadt stark treffen, sind die Grünliberalen zu Kompromissen bezüglich des Zeitplans bereit. Das angestrebte Eigenkapitalziel von 90 bis 120 Millionen Franken darf aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Gerade die vorliegende Jahresrechnung zeigt exemplarisch, wie wichtig Eigenkapital ist: Ohne Eigenkapitaldecke reicht ein einziges Jahr mit unvorhergesehen Mehrkosten, um wieder neue Bilanzfehlbeträge anzuhäufen.